

Geschichte der KPD Rheinland-Pfalz 1946-1956

Restriktiver staatlicher Antikommunismus

Wer kennt Leo Schieder? Richtig, seine noch lebenden Kampfgefährten. Und sicher auch die deutschen, französischen und amerikanischen Geheimdienste, wenn sie ihre Archive durchstöbern. Sehr wahrscheinlich ging es ihm nicht um eine künftige Erinnerung, als Leo Schieder 1930 im Alter von 21 Jahren der KPD beitrug, den Hochverratsprozeß 1933 sowie die anschließende Haft bei den Nazis ertrug und seine Partei nach 1945 im Landtag von Rheinland-Pfalz vertrat. Die Adenauer-Schergen zwangen ihn 1954 zur Flucht in die DDR, wo er kurz vor der Verkündung des KPD-Verbots starb.

Die ähnlich wechselvollen Lebenswege und das Engagement rheinland-pfälzischer Kommunistinnen und Kommunisten stellte Klaus J. Becker in seiner Dissertation "Die KPD in Rheinland-Pfalz 1946-1956" dar, die der rheinland-pfälzische Landtag im letzten Jahr veröffentlichte. Der Autor durchforstete hierzu nicht nur private sowie staatliche Archive, sondern auch die der früheren SED, des DGB und der Friedrich-Ebert-Stiftung. Selbst das Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten Frankreichs machte ihm die Aufzeichnungen seines Nachrichtendienstes in der Französischen Besatzungszone (FBZ) zugänglich. Dadurch eröffnete sich dem Doktoranden eine Fülle bisher kaum oder noch nicht ver- und bewerteter Dokumente. Es spricht jedoch nicht gerade für das wissenschaftliche Verständnis von Klaus J. Becker, wenn er ausschließlich für die von Kommunisten betreuten Sammlungen der "Initiativgruppe für die Rehabilitierung der Opfer des kalten Krieges" und des Antifa-Archivs Ludwigshafen Hermann Morweiser feststellt, sie machten "eine quellenkritische Einordnung der Bestände notwendig" (10).

Eine solche Herangehensweise ist für deutsche Hochschulen der "Wertfreiheit" sicher nicht ungewöhnlich. In der vorliegenden Dissertation mindert sie nicht den Wert der Erkenntnisse. Die KPD begann in der FBZ und im heutigen Rheinland-Pfalz, einem nach 1945 künstlich zurechtgezimmerten Bundesland, wie überall im westlichen Nachkriegsdeutschland mit dem "Wiederaufbau illegaler Ortsgruppen" (85). Im September 1945 "beschlossen KPD und SPD in der Pfalz analog zur Entwicklung in der SBZ eine Aktionseinheit" (86). Doch schon im Dezember informierten die Sozialdemokraten die pfälzische KPD, daß "die SPD nicht länger zu einer Aktionseinheit bereit war" (87). Damit zerplatzten die Träume von einer Überwindung der Spaltung der Arbeiterbewegung in der FBZ bereits vor der offiziellen Genehmigung von Regionalorganisationen der KPD für Hessen-Pfalz, Rheinland-Hessen-Nassau und Saar-Nahe durch die französische Militärregierung Anfang 1946.

Spätestens nach der Vereinigung von SPD und KPD zur SED sahen sich die rheinland-pfälzischen Kommunisten mit einem "massiven staatlichen Antikommunismus" konfrontiert, "der sowohl von der Bundesregierung als auch von den Westmächten als Mehrzweckwaffe benutzt wurde, mit der sie das eigene Lager zusammenschweißen wollten" (22). Seine Protagonisten und Exekutoren traten mal als offen faschistische Ewiggestrige, mal als demokratisch gewendete Stehaufmännchen oder als machtbewußte Opportunisten in Politik, Wirtschaft und Verwaltung auf. Die politisch motivierte "staatliche Verfolgung der Kommunisten" (325) setzte aber nicht erst im Jahr 1951 ein, wie der Autor behauptet. Denn er selbst präsentiert eine Vielzahl von Beispielen, die klar belegen, wie die Kommunisten anfangs von der französischen Militärregierung, dann auch von der 1947 gewählten Landesregierung unter Ministerpräsident Peter Altmeier (CDU) und nicht zuletzt von den in Kumpanei agierenden beiden Institutionen systematisch ausgegrenzt, diffamiert und verfolgt wurden.

So konnten die SED-Politiker Franz Dahlem und Erich Gniffke im März 1947 nicht an einer Pressekonferenz in Ludwigshafen teilnehmen, weil ihnen "trotz gültiger Interzonenpässe

und einer bereits erteilten Einreiseerlaubnis ... das Betreten der FBZ durch die dortige Militärregierung grundsätzlich verboten" (115) wurde. Bereits Anfang 1948 protestierte der Vorsitzende der KPD-Landtagsfraktion, Herbert Müller, daß "die geheimdienstlichen Maßnahmen gegen die rheinland-pfälzischen Kommunisten ... weiter zugenommen hatten" (134). Und auch die "Immunität" von Mandatsträgern verlor dann ihre Wirkung, wenn gegen Kommunisten vorgegangen wurde, wie beispielsweise im Juni 1950 auf der Friedenskundgebung in Rüdesheim durch die Festnahme der "kommunistischen Landtagsabgeordneten Buschmann, Feller, Halein und Schieder, die sich der Polizei entgegenstellten" (272). Im Vorfeld und in Vorbereitung des Verbots der KPD war die Partei nachweislich einem "restriktiven staatlichen Antikommunismus" (3) ausgesetzt. Ab April 1949 führte dieser zu immer wiederkehrenden Verboten der KPD-Zeitungen (144ff.); ab September 1950 zu der "Entlassung der KPD-Mitglieder aus dem Öffentlichen Dienst", die auch "VVN-Angehörige und sonstige Verfolgte des Naziregimes" betraf (175f.); und im Juni 1952 zur Ankündigung der rheinland-pfälzischen Landesregierung, "denjenigen Opfern des Faschismus eine Weiterzahlung der Wiedergutmachung zu verweigern, die als Anhänger eines ‚totalitaristischen Systems‘ die BRD bekämpfen würden" (192).

Klaus J. Becker zeichnet nicht nur die vielschichtige Unterdrückung der Kommunisten in der spannungsgeladenen Atmosphäre des beginnenden und grassierenden Kalten Krieges nach. Darüber hinaus dokumentiert er die Versuche der KPD, ihren anfangs nicht unbeträchtlichen Einfluß in parlamentarischen Gremien (1946 mit 569 Abgeordneten in Stadt- und Gemeinderäten, 1948 mit 8 Landtagsmandaten), in den Gewerkschaften (1946 leiteten Kommunisten 8 der 14 Landesverbände) und in außerparlamentarischen Bewegungen möglichst viele Menschen gegen die Remilitarisierung sowie die kapitalistische und kulturelle Restauration zu mobilisieren. Dafür gingen viele Kommunisten ins Exil oder ins Gefängnis. Von 1950 bis Mai 1956 liefen fast 800 politische Strafverfahren gegen sie und 136 Aktivisten wurden wegen Vorbereitung zum Hochverrat, Staatsgefährdung und anderer politischer "Delikte" inhaftiert (211).

Der Autor widmet sich auch den überspitzten innerparteilichen Auseinandersetzungen, die in oft unhaltbare Vorwürfe, Beleidigungen und Demütigungen von Mitgliedern der KPD mündeten. Die dargestellten Einzelbeispiele rechtfertigen allerdings keineswegs die pauschale Schlußfolgerung: "De facto bedrohte die KPD die eigenen Mitglieder psychisch und physisch sehr viel stärker als den westdeutschen Teilstaat." Überhaupt drängt sich der Eindruck auf, die zahlreichen Belege kommunistischer Politik und staatlicher Repression hätten eigentlich zu anderen "Werturteilen" als den publizierten führen müssen. Denn für Behauptungen wie zum Beispiel die der "schematischen Übernahme ostdeutscher Vorbilder" (127) durch die Kommunisten in Rheinland-Pfalz, einer "durch die grundsätzliche Oppositionshaltung der KPD provozierte antikommunistische Stimmung im rheinland-pfälzischen Landtag" (226), einer "militarisierten Parteikultur und Bürgerkriegsmentalität" (325), des "verbalen Nationalismus" (327) und der "doppelten Fernsteuerung aus Moskau und Ostberlin" (325) fehlen konkrete und detaillierte Beweise. Auch fragt der Autor weder nach der Motivation der Kommunisten für ihr Handeln in und außerhalb der Partei im Einklang mit der KPD-Politik, noch nach deren subjektiven Empfinden hinsichtlich des Vorwurfs der "Fernsteuerung".

Deshalb darf vermutet werden, daß sich Klaus J. Becker nicht nur seinen Forschungsergebnissen, sondern zugleich der üblichen Bewertung der KPD-Geschichte durch den Gutachter seiner Dissertation, Dr. Hermann Weber, verpflichtet fühlte. Wie dem auch gewesen sein mag, das Buch ist trotz mancher Mängel und Widersprüche für interessierte wie für geneigte Leser eine wahre Fundgrube zur KPD in Rheinland-Pfalz nach dem Zweiten Weltkrieg. Diese publiziert und damit für jüngere Generationen zugänglich gemacht zu haben, ist ein herausragendes Verdienst des Autors; insbesondere die Dokumentation von mehr als 500 Kurzbiographien von Mitgliedern der rheinland-pfälzischen KPD. Das wäre sicher ohne das jahrzehntelange Archivieren von Nachlässen durch Hermann Morweiser so nicht realisierbar gewesen. Auf diese Weise

bleibt das Vermächtnis von Kommunisten wie Leo Schieder auch in Zukunft erhalten und präsent.

Horst Gobrecht

Klaus J. Becker: Die KPD in Rheinland-Pfalz 1946-1956, 2001, Mainz: v. Hase & Koehler Verlag, 584 Seiten, ISBN 3-7758-1393-4, 24,50 EUR. Seitenangaben zu Zitaten in Klammern.

veröffentlicht in Marxistischen Blättern